

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

ZWANZIGSTES JAHR
OKTOBER 1969

10

HEINZ OSKAR VETTER

Rede zum Anti-Kriegs-Tag 1969

Allem Bestreben, eine menschenwürdige Gesellschaft aufzubauen, geht eines als wesentlich voraus: die Bewahrung des Friedens.

Solange das Gespenst der Selbstvernichtung die Menschheit im Zeitalter des Atoms bedroht, bleiben alle Maßnahmen, die Ordnung der Gesellschaft besser und gerechter zu gestalten, in Frage gestellt. Wahrung des Friedens heißt jedoch Sicherung der Freiheit. Ohne Freiheit kann es keinen wahren und dauerhaften Frieden geben.

Die furchtbaren Katastrophen der beiden Weltkriege haben uns gelehrt, daß die Zeit einer engstirnigen nationalen Machtpolitik ein für allemal der Vergangenheit angehören muß. Gerade heute, wo die neofaschistischen Rattenfänger wieder mit den nationalistischen Parolen des Dritten Reiches werben und die NPD sich selbst als Sammelbecken für die Wiedergeburt der Nation darstellt, muß an jenen 1. September 1939 erinnert werden, an dem das Unheil über uns und über die Welt hereinbrach. Die Folgen:

Insgesamt 55 293 500 Tote — 7,35 Millionen Deutsche, 6 Millionen Polen, 20 Millionen Russen, 320 000 Amerikaner, 1,7 Millionen Japaner, 537 000 Franzosen, 390 000 Engländer, 485 000 Jugoslawen, 5,7 Millionen KZ-Morde, 570 000 deutsche Luftkriegsopfer, zerstörte Städte und ein geteiltes Deutschland.

So ist der 1. September ein Tag der immerwährenden Mahnung und der Besinnung auf unsere Verpflichtung, nicht nur der Millionen Opfer dieses grauenhaften Geschehens zu gedenken, sondern alles, aber auch alles zu tun, um neue Kriege und neues Unrecht zu verhindern, um zu verhindern, daß der Frieden bereits wieder den Keim des Krieges in sich trägt. Krieg und Frieden sind Fragen, die uns Menschen begleiten vom Urbeginn an bis auf den heutigen Tag. Aber in unserer Generation haben die Atomraketen dem Krieg und der Menschheit apokalyptische Zeichen gesetzt.

Es war Präsident *John F. Kennedy*, der während seiner Amtszeit die Welt daran erinnerte, daß Kriege keine Naturereignisse sind, sondern von Menschen gemacht werden, und es zur unausweichlichen Aufgabe der Menschen wurde, darüber nachzudenken und alles zu unternehmen, daß in Zukunft Kriege verhindert werden können. Gerade unser Volk, das zwei furchtbare Weltkriege hinter sich gebracht hat, dabei Hekatomben von Toten beklagen und als Konsequenz die Teilung seiner Nation hinnehmen mußte, ist dazu verpflichtet, Antworten zu suchen auf die Fragen, wie künftige Kriege verhindert und wie der Frieden in der Welt gesichert werden kann. Wer die eigene Unzulänglichkeit und geschichtliche Schuld erkennt, hat einen großen Schritt getan, eine Antwort auf diese zentrale Menschheitsfrage zu finden.

Weil in den vergangenen zweieinhalbtausend Jahren die Staaten dieser Welt 1650 Kriege geführt haben, wissen wir, daß mehr als 2 Jahrtausende Kriegsideo­logie nicht in wenigen Jahren zu überwinden sind. Darum sollten durch uns *Friedensforschung* und *Friedensplanung* zur vorrangigen Aufgaben jeder Gesellschaftspolitik erhoben werden. Jedes konsequente Eintreten für den Frieden muß sich gegen Interessen und Institutionen, gegen Vorurteile und Traditionen, gegen Machtstreben und Habgier durchsetzen. Eine ernsthaft betriebene Friedensforschung würde unserer Gesellschaft die Bedeutung und Rangordnung der Probleme aufzeigen. Ihre Ergebnisse würden unauslöschbar in das Bewußtsein der Öffentlichkeit dringen und so zur Grundlage für die politische Arbeit werden.

Die Zeit muß endgültig vorbei sein, in der militärische Maßstäbe den ausschließlichen Inhalt unserer Bündnispolitik bestimmt haben. Es darf einfach nicht mehr heißen: „Wenn du den Frieden willst, dann bereite dich auf den Krieg vor.“ Heute kommt es sehr viel mehr darauf an, die Voraussetzungen zu erforschen und zu schaffen, um kriegerische Auseinandersetzungen moralisch zu ächten und tatsächlich unmöglich zu machen. Die dreißigjährige Wiederkehr des Tages, an dem der Zweite Weltkrieg begann, muß Veranlassung geben, diese Aufgabe unverzüglich und umfassend in Angriff zu nehmen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist bereit, die Friedensplanung und Konfliktforschung in der Bundesrepublik aus ihrem provisorischen Stadium herauszuführen und zur *res publica* — zur öffentlichen Sache — zu machen. Bereits 1967 haben DGB und Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in der Woche der Wissenschaft den Anstoß gegeben, ein Bundesinstitut für die Friedensforschung ins Leben zu rufen. Uns jedenfalls erscheint es zwingend, daß der Etat des Bundesforschungsministeriums der Friedensforschung zumindest gleichermaßen zur Verfügung stehen sollte, wie der Atomforschung. Leitmotiv und Maßstab sind uns hierbei die Worte, die Bundespräsident *Heinemann* bei seinem Amtsantritt sagte:

„Frieden muß bleiben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz. Von daher ist jeder, in welcher Art und wo immer er handelt, in allererster Linie dazu berufen, zur Versöhnung und zum Frieden beizutragen.“

So können und dürfen die eigentlichen Ziele unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung niemals andere sein als: Frieden, Freiheit und Würde des Menschen. Wer eine solche Friedenspolitik als die allgemeine und persönliche Aufgabe begreift, muß Anstrengungen auf sich nehmen, muß bereit sein, Konsequenzen zu ziehen. Auch wenn wir eine lange Strecke nur wenige bleiben mögen.

Dreißig Jahre ist es her, seit ein verbrecherisches System durch den Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg entfesselte. Die Unfreiheit kam, die Tyrannei nahm ihren Verlauf, und am Ende standen Tod und Chaos. Aus den Trümmern des Zusammenbruchs erfolgte der Aufbruch in eine bessere Welt. Aber ich warne: Dieser Versuch ist nicht, noch nicht, gelungen. Die Ewiggestrigen melden sich mit einer Unverschämtheit ohnegleichen wieder zu Wort. Deshalb gilt es, auch hier den Anfängen zu wehren, wenn unsere Demokratie nicht eines Tages wieder das Opfer werden soll.

Wir müssen daher kritischer werden, mehr Verantwortung zeigen und zu Aktionen bereit sein. Wer urteilen will, muß lernen, Argumente zu sammeln, sie zu ordnen und ihnen Gehör verschaffen. Wer gewohnt ist, Urteile und Vorurteile zu übernehmen, wird keinen Frieden, keine Freiheit und keine soziale Verantwortung gewinnen. Darum muß unser Wollen, unsere Sehnsucht nach dem Frieden einmünden in die *Aktion* gegen den Krieg, sonst bleibt Politik auch hier bestenfalls ein interessantes Schauspiel von „Profis“, das man mit Spannung verfolgt, ohne jemals die Absicht zu haben, selbst mitzuwirken. Wo die Praxis des Friedens und der Freiheit außer Gebrauch und Übung kommt, da gerät sie auch außer Bewußtsein.

Niemand aber ist so sehr bereit, sich ganz zu engagieren, wo immer Frieden, Freiheit und Menschenwürde auf dem Spiel stehen, als die Gewerkschaften. Von Anfang an hat gerade die Gewerkschaftsbewegung der freien Welt — über die nationalen Grenzen hinaus — den Kampf für den Völkerfrieden auf ihr Programm gesetzt. Und so fühlen wir uns auch heute verpflichtet, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln für den Frieden und die internationale Entspannung einzutreten. In der Präambel des DGB-Grundsatzprogramms von 1963 heißt es:

„Grundlage für den sozialen und kulturellen Fortschritt und die soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt ist die Erhaltung des Friedens. Die Bereitstellung von Mitteln für soziale und kulturelle Zwecke darf nicht durch Rüstungsausgaben beeinträchtigt werden. Die Gewerkschaften fordern die Ächtung und das Verbot aller Atomwaffen und aller sonstigen Massenvernichtungswaffen sowie die allgemeine und kontrollierte Abrüstung. Die Beseitigung von Hunger, Armut, Analphabetentum und Unterdrückung in allen Teilen der Welt ist eine der entscheidenden Voraussetzungen für eine stabile Friedensordnung.“

Der 8. Ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat im Mai dieses Jahres erneut die Abrüstung und Ächtung aller Massenvernichtungswaffen atomarer, bakteriologischer und chemischer Art gefordert. In der in München gefaßten Entschließung wird gefordert:

„Die Gefahr einer atomaren Zerstörung kann nur gebannt werden, wenn durch eine allgemeine internationale kontrollierte Abrüstung alle Kern- und Atomwaffen verboten und vernichtet werden. Der Kongreß appelliert daher an die Bundesregierung, an ihrer Auffassung festzuhalten, daß die Bundeswehr nicht mit Kern- und atomaren Waffen ausgerüstet wird. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihr Einverständnis zum Atomwaffensperrvertrag zu erklären.“

Der 9. Weltkongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, der im Juli in Brüssel tagte, brachte ebenso seine Besorgnis über die wachsende Anwendung von Gewalt als Mittel zur Beilegung von Konflikten zum Ausdruck. Auch dieser Weltkongreß stellte fest, daß die Hoffnung der Menschen auf ein Leben in einer Welt des Friedens weitgehend unerfüllt geblieben ist und die uneingeschränkte Fortsetzung des Rüstungswettlaufs eine der großen Gefahren für den Weltfrieden darstellt.

Alle diese Forderungen und Entschließungen zeigen, daß sich die Gewerkschaftsbewegung unaufhörlich um die Verwirklichung und Festigung des Weltfriedens in Freiheit und Gerechtigkeit bemüht. Und keine Rückschläge und Enttäuschungen werden sie im Ringen um dieses humanitäre Ziel beirren. Je bedrohlicher das Wettrüsten und die Zuspitzung internationaler Konflikte wird, um so größer ist die Verpflichtung der Gewerkschaften, über Resolutionen und Entschließungen hinaus alle ihre Kräfte für die Wahrung dieses Friedens einzusetzen.

An diesem Tage sollten wir uns erinnern, daß heute Frieden und Freiheit der Menschen in vielen Teilen der Welt in Frage gestellt sind, wenn z. B.

in Südvietnam Politiker mit schwerem Zuchthaus bestraft werden, weil sie Friedensverhandlungen mit dem Vietcong befürworten;

wenn in der CSSR Menschen gejagt und inhaftiert werden, weil sie sich auch als Kommunisten nicht zu Sklaven der sowjetrussischen Breschnewdoktrin herabwürdigen lassen wollen;

wenn in der Sowjetunion Schriftsteller in die Arbeitslager getrieben werden, weil sie durch ihre Sympathien für die Tschechoslowaken „staatsgefährdende“ Ideen vertreten haben;

wenn im Sudan Menschen aus dem Land getrieben oder getötet werden, weil sie nicht der Staatsreligion angehören;

wenn die Volkspolizei auf Menschen schießt, die den Herrschaftsbereich der DDR verlassen wollen;

wenn der amerikanische Kongreß trotz der blutigen Rassenunruhen kein brauchbares Waffengesetz zustande bringt, weil Interessentengruppen es boykottieren;

wenn sich jetzt ein neuer kriegerischer Konflikt zwischen Rußland und China anbaut, der die übrige Welt nicht unberührt lassen wird.

Ist also die Idee des Friedens nur eine Theorie der Philosophen, von Menschen gemacht, dem guten oder schlechten Willen der Regierenden ausgeliefert? Oder ist sie ein Stück absoluter Wahrheit, jener Wahrheit, die nach all den Katastrophen der menschlichen Geschichte doch siegt? Soll der Frieden nur ein Traum des Menschen bleiben, seine letzte Utopie? Aber die Zustimmung einer überwältigenden Mehrheit in der Welt — in Ost und West — zu unserer konkreten Auffassung von Frieden ist ein Beweis für die Existenz und Chance dieser realen Utopie. Die Beschäftigung mit der Idee des Friedens verpflichtet uns alle zum kritischen Engagement; denn unsere Jugend will sich nicht mehr im Krieg bewähren, sondern im Frieden.

Einen wirklichen Frieden aber haben wir erst dann, wenn es uns gelungen ist, eine neue, eine bessere Ordnung zu schaffen. Eine Ordnung, die sich nicht an den überlebten, ausgelaugten Kategorien und Normen früherer Jahrhunderte orientiert. Wer Frieden will, muß sagen, wie er sich die Entwicklung vorstellt im Blick auf die entscheidenden Lebensbereiche: Demokratie, Wirtschaft und soziale Strukturen. Es bedarf keiner Frage, daß die Gewerkschaften darüber nachgedacht und eine Konzeption vorgelegt haben. Als Gewerkschafter sind wir aufgerufen, zu jeder Zeit bewußt für Frieden und soziale Gerechtigkeit zu arbeiten und wenn nötig, auch zu kämpfen. Die Forderung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf eine allgemeine Abrüstung aller Massenvernichtungswaffen wurde bis heute nicht erfüllt.

Die Rüstungsausgaben steigen von Jahr zu Jahr; insbesondere in den USA, Europa und dem Nahen Osten. Lassen wir diese millionenfachen Tod produzierenden Zahlen sprechen: Je Kopf der Bevölkerung gaben 1966 für die Rüstung aus:

USA	1 220 DM
Israel	600 DM
UdSSR	460 DM
Großbritannien	430 DM
Australien	320 DM
Frankreich	320 DM

In einigen Ländern des Nahen Ostens werden die Rüstungsanstrengungen ununterbrochen gesteigert, und dafür geben sie zwangsläufig den größten Anteil ihres Sozialprodukts aus, anstatt ihre Völker vom sozialen Elend zu befreien. Bei den Industrieländern beträgt der für Rüstungsausgaben aufgewandte Prozentsatz des Sozialprodukts:

in den USA	9,2
in der UdSSR	8,9
in Großbritannien	6,4
in Portugal	5,7
in Frankreich	4,4
in der Bundesrepublik	3,6

Dabei wissen wir in der Bundesrepublik wie in der DDR, in den USA wie in der Sowjetunion, daß die Völker der ganzen Welt nichts anderes wollen, als ein menschenwürdiges Dasein in Frieden und Freiheit. Die Völker verlangen von den Verantwortlichen dieser Welt, alle Probleme durch ehrlich und aufrichtig geführte Verhandlungen zu lösen. Die Völker erwarten von den Verantwortlichen, daß bei all ihren Handlungen die Achtung vor der Menschheit bestimmend ist! Alle Völker dieser Erde wollen soziale

und wirtschaftliche Sicherheit, gesunde Wohnungen, gute Schulen und zeitgemäße Krankenhäuser. Die Parole der Völker lautet: Soziale Aufrüstung!

Aber statt dessen geht der Rüstungswettlauf weiter. Natürlich bekennen sich alle Politiker und Staatsmänner zur Abrüstung. Wir kennen ihre im Pathos tiefster Verantwortung und triefend vor Moral vorgetragenen Sprüche:

„Jedes Geschütz, das wir herstellen, jedes Kriegsschiff, das vom Stapel läuft, jede Rakete, die wir abfeuern, ist letztlich nichts anderes als Diebstahl an jenen, die da hungern und nicht genährt werden, die da frieren und nicht gekleidet werden. Diese Welt in Waffen aber verausgabt den Schweiß der Arbeiter, den Geist der Wissenschaftler und das Hoffen ihrer Kinder!“ Das sagte ein General und Präsident vor dem Kongreß der USA.

Das Ergebnis kennen wir ja alle. Danach begann Vietnam. Und nach wie vor werden Milliarden in sinnlose Rüstungen gesteckt.

Die Menschheit vor der unmittelbaren Katastrophe des Hungers zu retten, dafür würden die Beträge, die für Rüstung ausgegeben werden, ausreichen. Heute bereits sterben jährlich 35 Millionen an Unterernährung. Aber man ist nicht bereit, Entscheidendes zu tun. Man ist nicht einmal bereit, 1 bis 2 Prozent des Nationaleinkommens für die Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Dabei verbrauchen 30 Prozent der Erdbevölkerung 80 Prozent der Weltgüterproduktion.

Der Mensch soll sich eines menschenwürdigen Lebens erfreuen, menschenwürdig in seiner sozialen Stellung in der Gesellschaft, menschenwürdig in seinem Anteil an den ideellen und materiellen Gütern dieser Erde. Aber nach wie vor werden in vielen Ländern dieser Welt, sowohl im Osten wie im Westen, Frieden, Freiheit und Menschenwürde ständig gefährdet, tausendfach mit Füßen getreten und geschändet. Wenn aber Frieden und Freiheit unsere Ideale sind, dann kann dies nur bedeuten: Frieden und Freiheit für alle und für jeden einzelnen, ohne Unterschied der Rasse, Religion oder Hautfarbe. Nationalistische Überheblichkeit und Vorurteile gegenüber anderen Menschengruppen können und müssen durch den Geist der Versöhnung und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen den Völkern überwunden werden.

Wenn aber eine Politik nur die eigenen nationalen Interessen sieht und kein Verständnis für die Situation und die Schwierigkeiten der anderen Seite hat, wenn man im voraus jedes wesentliche Zugeständnis ablehnt und starre Maximalforderungen als außenpolitische Doktrinen aufstellt, kann wohl schwerlich eine Übereinkunft zustande kommen. Wer sich auf Raketen und Atomwaffen verläßt, wird die großen Fragen unseres Jahrhunderts nicht lösen können. Entscheidend ist nicht die Politik der militärischen Stärke, entscheidend ist eine Politik der sozialen Stärke. Bis zum heutigen Tage hat die Theorie vom Gleichgewicht des Schreckens mehr Schaden als Nutzen gestiftet und den unsinnigen Rüstungswettlauf geradezu herausgefordert. Nur und ausschließlich ein Gleichgewicht des Vertrauens kann die Grundlage für eine dauerhafte Friedenssicherung schaffen. Noch gibt es keinen Bund der Völker, keine gemeinsame Anschauung von einer heilen Welt, die verhindern könnten, daß es eines Tages nicht doch zu dem Duell zwischen den beiden Machtblöcken auf dieser Erde kommt.

Noch hat die Menschheit die Periode des letzten Krieges nicht überwunden. Wir leben geistig noch immer in der Nachkriegszeit. Noch herrscht kein wirklicher Friede, sondern ein unsichtbarer Waffenstillstand. Jederzeit droht die Gefahr eines Atomkrieges mit unvorstellbaren Möglichkeiten der Massenvernichtung. Ein Menetekel ist der Vorwurf des Überbefehlshabers der sowjetischen Raketenwaffen gegenüber den USA, „einen Atomschlag gegen die UdSSR vorzubereiten“.

Frieden und Freiheit sind zu kostbare Güter, als daß sie sich selbst überlassen bleiben könnten. Unser aller Existenz steht auf dem Spiel. Ein neues, ein totales Menschenrecht ist entstanden. Wir haben die Legitimation erhalten, uns rückhaltlos gegen jede Abenteuerpolitik zu wenden, die den Frieden und die Freiheit in Gefahr bringt. Die Ge-

werkschaften wissen sich einig mit den fortschrittlichen Kräften der ganzen Welt, wenn sie den völkermordenden Wahnsinn des Krieges endgültig zu bannen versuchen.

Das aber kann heute und auf absehbare Zeit nur geschehen durch eine umfassende, wirksame, kontrollierte Abrüstung und durch die Schaffung einer mit allen erforderlichen Machtmitteln ausgestatteten internationalen Rechtsordnung. Nur so können Frieden, Freiheit und Demokratie wirklich und dauerhaft gesichert werden. Aber noch fehlt die Instanz, die aus eigener Macht bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Staaten und Nationen verhindern könnte. Noch durchziehen die sich aus sozialen, wirtschaftlichen und ideologischen Gegensätzen ergebenden Spannungen unsere Welt.

Daher muß das Ziel zunächst heißen: Planung und Forschung für den Frieden!

Dieses Ziel schließt die Konsequenz eines radikalen Neubaus der Gesellschaft ein. Wenn über diese Grundsatzfrage endlich einmal Einigkeit erzielt ist, dann würde aus der sozialen Befriedung unserer Gesellschaft mit Sicherheit die von allen respektierte und behütete Friedensordnung unserer Welt erwachsen. Wir brauchen hierzu immer wieder die Ermutigung und auch die Gewißheit, daß Frieden in der Welt möglich ist, wenn wir ihn nur alle beharrlich und kompromißlos wollen. Die Gegner des Friedens und damit unsere Feinde sind die Gleichgültigen, die Zyniker und Menschenverächter. Unser Leben ist für den Frieden, wie der Mensch für den Frieden geboren wurde. Wir brauchen auch dazu keine Unterschriftensammlungen. Was wir brauchen ist die Wachsamkeit und Einsatzbereitschaft aller Demokraten.

Die Erhaltung des Friedens als die zentrale Aufgabe unseres Daseins ist der kühne Versuch, die kulturell-geistige und materielle Zukunft unserer Welt zu sichern. Darum darf unser Bemühen nach Abrüstung in Ost und West kein Traumziel bleiben. Auf der politischen Ebene wächst unverkennbar die Gefahr, daß sich die Zahl der Atomkräfte vergrößert. Ist aber die drohende Ausweitung des Atomklubs erst einmal richtig vollzogen, dann werden sich die Chancen für eine allgemeine kontrollierte Abrüstung drastisch verschlechtern. Die Situation verlangt darum gebieterisch umfassende Abrüstungsmaßnahmen.

Die Verhandlungen für eine Abrüstung dürfen nicht im Widerstreit zwischen nationaler und blockgebundener Machtpolitik scheitern. Daher müssen Friedens- und Entspannungspolitik Hand in Hand gehen. Für Grabenkämpfer des kalten Krieges aber gibt es hier keinen Platz mehr.

Aus Anlaß des heutigen Tages haben mir die Vorsitzenden der Gewerkschaftsbünde der Sowjetunion, Polens, Rumäniens, der DDR, Bulgariens, Ungarns und der Tschechoslowakei geschrieben und schlagen unter Respektierung unserer Auffassungen über Staat und Gesellschaft vor, sich zu einer Beratung über die Sicherung des Friedens in Europa und der Welt zusammenzufinden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften werden diesen Vorschlag sehr ernst auf seine Chance für den Frieden prüfen.

Es ist die entscheidende Frage unserer Zeit: Sind die Menschen und Politiker fähig, über die Schranken der Machtblöcke hinweg, diese Aufgabe des Friedens zu begreifen und ihre Verwirklichung in ihr Wollen aufzunehmen? Wir müssen zur Beantwortung dieser Frage Mut und auch Hoffnung mitbringen; denn die konzentrierte Besinnung auf Frieden und Freiheit hat ihren unerbittlichen Antrieb in den Erfahrungen, die vor 30 Jahren, am 1. September 1939, unser Volk und durch unser Volk die Völker Europas durchleiden mußten.

Die Geißel des Krieges muß durch eine Politik des Friedens gebannt bleiben. Krieg ist ein Akt der Barbarei, auch wenn er mit konventionellen Waffen geführt wird. Es gilt, Krieg und Unterdrückung endgültig aus der Welt zu schaffen. Es lohnt sich der Mühe, für diese Aufgabe zu kämpfen, wo immer es auch sei und welchen Platz wir in der Gesellschaft auch einnehmen mögen. Uns bleibt keine andere Chance.

Die Feinde des Friedens aber sind unsere Feinde. Laßt uns unerbittlich gegen sie sein.